

Stadt gibt Gas gegen Dieselfahrverbote

Berechnungen sollen belegen, dass andere Maßnahmen gegen Stickoxide genauso schnell genauso viel bringen

VON STEPHAN MOHNE

AACHEN Dieselfahrverbot in Aachen? Und wenn ja: wo, wie viel und für wen? Oder kommt Aachen um das Grauen für zehntausende Dieselfahrer doch noch herum? Fragen, die hinter den Kulissen für Wirbel sorgen. Und nicht nur da. Schließlich könnte es gut sein, dass es in ein paar Monaten für viele Dieselfahrer in Teilen der Innenstadt heißt: Wir müssen draußen bleiben. Ein entsprechend klares Urteil hatte im Juni schon das Aachener Verwaltungsgericht auf eine Klage der Deutschen Umwelthilfe hin gefällt. Doch ebenso klar ist die Stadt jetzt – drei Monate nach dem Urteil – der Überzeugung: Wir schaffen das ohne Fahrverbote. Was überrascht, denn Richter Peter Roitzheim hatte es bei der Urteilsverkündung als „schwer vorstellbar“ eingestuft, dass das gelingen könnte.

Stadt hat fieberhaft gerechnet

Doch hatte er auch eine Hintertür offengelassen: Wenn die Kölner Bezirksregierung in Kooperation mit der Stadt bis 1. Januar nachweisen kann, dass es Maßnahmen gibt, die den Stickoxidgehalt in der Aachener Luft genauso wirksam und schnell unter die EU-Grenzwerte drücken können, dann könnte man um Fahrverbote herumkommen. Seitdem – und acht Jahre nach dem Inkrafttreten der EU-Grenzwerte – wird bei der Stadt rotiert und fieberhaft gerechnet. Jetzt liegt ein Zahlenwerk vor, das die Verantwortlichen „sehr optimistisch“ stimmt, wie es Umweldezernent Markus Kremer und Klaus Meiners vom Fachbereich Umwelt ausdrücken. Man sei „sehr guter Hoffnung“, die Verbote umfahren zu können. Dazu müssen aber die Werte flott – spätestens bis 2020 – deutlich runter. Am Adalbersteinweg lagen sie zuletzt noch bei 45 Mikrogramm pro Kubikmeter, an der Wilhelmstraße bei 46, Tendenz fallend. Das ist zwar deutlich weniger als früher, als regelmäßig die 50er Marke gerissen wurde. Dennoch ist es weiterhin zu viel angesichts des Grenzwerts von 40 Mikrogramm.

Ein Knackpunkt im Gerichtsverfahren war, dass es zwar ein Bündel von Alternativmaßnahmen gibt, aber nicht konkret beziffert wurde,



Die Stadt hofft, durch die zeitnahe Umsetzung diverser Maßnahmen aus dem Luftreinhalteplan ein Dieselfahrverbot noch verhindern zu können.

FOTO: KRÖMER

welches Einsparpotenzial diese zeitlich und mengenmäßig haben. So konnte das Gericht nicht feststellen, ob es tatsächlich eines Fahrverbots bedarf.

Unabhängige Expertise eingeholt

Nun endlich liegen Berechnungen vor – sogar von Stadt und Land, die unabhängig voneinander Expertisen eingeholt haben. Unterm Strich komme dabei heraus, dass man mit den seit langem im Raum stehenden Maßnahmen in etwa auf die gleiche Reduktion von Stickoxiden kommt wie mit einem Fahrverbot für Dieselfahrzeuge. „Wir sind sicher, bis 2020 den Grenzwert zu unterschreiten“, zeigt sich Kremer überzeugt. An erster Stelle stehe dabei die Nachrüstung der Aseag-Flotte mit Filtern. Bis 2020 will man 180 von 220 Bussen abgastechisch flottgemacht haben. Das bringe insbesondere auf den Hauptachsen des Busverkehrs – Adalbersteinweg und Peterstraße etwa – rund vier Mikro-

gramm Einsparung. Es könnten sogar sieben oder acht sein. Auch mit den Subunternehmern, die etwa die Hälfte der Buslinien bedienen, sei die Aseag zwecks Nachrüstungen im Gespräch. Auch diese könnten von Fördermitteln profitieren. An neutralen Punkten sollen nur noch „saubere“ Busse fahren.

Ein weiteres Beispiel ist der heiß diskutierte Dreh an der Parkgebührenschraube im Kampf gegen Parksuchverkehr. Hier rechnet man damit, mindestens 0,2 bis 0,7 Mikrogramm Stickoxid aus der Luft herauszubekommen, im besten Fall sogar ein bis 2,5 Mikrogramm, wobei man zunächst einmal immer die unteren Werte in die Berechnung habe einfließen lassen.

Und so läppert sich das zusammen. Weitere größere Posten sind die Verbesserung der Infrastruktur für Radfahrer – etwa mit den „Radvorrangrouten“ – und die „Verflüssigung des Verkehrs“ mit digitalen Werkzeugen. Am Ende habe man sogar noch einen Puffer, falls die

Prognosen bei der einen oder anderen Maßnahme doch nicht eintreffen. Und: Fahrverbote könne man ohnehin nicht kontrollieren, während die anderen Maßnahmen nachhaltig wirkten. Ist die Prognose realistisch, oder ist es doch ein Kampf gegen Windmühlen? Markus Kremer sagt dazu: „Das ist keine Wundertüte ohne Basis.“ Die Maßnahmen seien nicht neu, sollen nun aber „schneller und verbindlicher“ umgesetzt werden, wofür millionenschwere Investitionen nötig sind.

Und das Land als Herr des Verfahrens habe eben auch Berechnungen angestellt. Dort komme man trotz methodischer Unterschiede zum gleichen Ergebnis wie die Stadt. In Köln hält man sich diesbezüglich auf Anfrage unserer Zeitung jedoch bedeckt: „Wir befinden wir uns in einem noch nicht abgeschlossenen Prozess. Das betrifft auch diskutierte Maßnahmen und Prognosen. Unsere Überlegungen werden deshalb erst mit Offenlage des Planentwurfs öffentlich zur Verfügung

gestellt“, sagt Behördensprecherin Vanessa Nolte. Und das, obwohl ebendiese Zahlen Gegenstand der öffentlichen – Gerichtsverhandlung gewesen wären, hätte es sie seinerzeit schon gegeben.

Die Zeit drängt

Der Zeitdruck ist enorm. Gestern traf sich eine Arbeitsgruppe mit Vertretern von Stadt, Land, der Kammern, der Umweltverbände, der Aseag und weiteren Akteuren, um sich zu beraten. Und laut Kremer müssten auch „sehr zeitnah“ politische Beschlüsse her. Etwa bei den Parkgebühren. Der Dezernent meint, es müsse „ein Bekenntnis der Politik zur Luftreinhaltung geben“, auch wenn der eine oder andere Posten in abgemilderter Form beschlossen würde.

Ob das alles reicht, um Fahrverbote zu verhindern, wird dann möglicherweise – bei einer entsprechenden Klage – wieder der Richter entscheiden, vor dessen Urteil das Ganze standhalten muss.

KURZ NOTIERT

Städteregionsrat: Grüne nominieren Krischer



STÄDTEREGION

Oliver Krischer zieht für die Grünen in die Wahl des Städteregionsrates am 4. November. Bei der Mitgliederversammlung im Eschweiler Talbahnhof sprachen sich am Donnerstagabend alle 53 Stimmberechtigten für den Dürener Bundestagsabgeordneten aus. Keine Chance hatte der zweite Kandidat. Immerhin sorgte Ulrich Wahl mit seiner Bewerbung aber für eine Überraschung. Oliver Krischer kündigte derweil an, als Städteregionsrat weiter für das Abschalten der Atomkraftwerke Tihange und Doel kämpfen zu wollen und Schwerpunkte unter anderem auf intelligente Elektromobilität, den Ausbau des ÖPNV und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu setzen. (gro/Bericht folgt)

Foto: imago/Jürgen Heinrich

Demo: „Brücken für die Menschlichkeit“

AACHEN „Schlagt Brücken der Menschlichkeit für Alle“ lautet das Motto einer Kundgebung, mit der die Seebücke die Demonstration des Frankenberger Viertels gegen Rassismus und Rechtspopulismus unterstützt. Am kommenden Samstag, 8. September, treffen sich die Teilnehmer um 14 Uhr am Eisenbrunnen, um von dort zum Frankenberger Viertel zu ziehen. Damit möchte die Seebücke eine Verbindung zwischen dem Leid unsicherer Fluchtwege nach Europa und der zunehmenden Hetze und dem offenen Rassismus in unserer Gesellschaft ziehen, die seit den Ereignissen in Chemnitz umso deutlicher offengelegt wurden.

Familienyoga in Laurensberg

AACHEN Loslassen, stärken, verbinden und dabei gemeinsam Spaß haben: Spielerisch erfahren Kinder mit ihren Eltern beim Familienyoga aktive Bewegungen, phantasievolle Geschichten, Musik und Spaß. Im Unterschied zum klassischen Kinderturnen stehen hier die Eltern nicht nur helfend zur Seite, sondern machen mit und verwandeln sich gemeinsam in Bären, Schmetterlinge oder einen Zauberdrachen. Der Kurs findet vom 18. September bis 13. November jeweils von 16.15 bis 17.15 Uhr im Familienzentrum an der Rahemühle/ Laurensberg statt. Die Teilnahme kostet 49 Euro. Anmeldungen werden erbeten bei der Volkshochschule Aachen (VHS) unter Telefon 0241/4792111.

Burtscheider TV bietet Pilateskurse an

AACHEN Die Beliebtheit von Pilates hat in den letzten Jahren so zugenommen, dass daraus eine regelrechte Massenbewegung entstanden ist. Damit geht auch zunehmend die Nachfrage nach Trainings und Kursstunden einher. Der Burtscheider TV bietet ab sofort wieder neue Kurse zum Thema Pilates an: montags, 10-11 Uhr und 11.15 bis 12.15 Uhr, sowie 18 bis 19 Uhr und 19 bis 20 Uhr an. Anmeldungen nimmt Anita Braunsdorf unter Telefon 0241/99034362 entgegen.

„Der Kleine Prinz“ auf Öcher Platt

AACHEN Den Klassiker „Der Kleine Prinz“ auf Öcher Platt: Das können alle Plattfreunde am Dienstag, 11. September, ab 19 Uhr im Stauferkeller im Haus Löwenstein am Markt bei einer Lesung mit Musik des Vereins Öcher Platt erleben. Hein Engelhardt, Waltraud Schings und Manfred Birman tragen das Werk von Antoine de Saint-Exupéry in der Übersetzung von Hein Engelhardt vor. Die musikalischen Intermezzi besorgt Norbert Brepols zur Gitarre. Der Eintritt ist frei.

Ein vorzeitiges Ende „ohne plausible Begründung“

Kooperationspartner beklagen, dass die Landesregierung das Programm „Jugend in Arbeit plus“ einstellen will

VON ANNIKA KASTIES

AACHEN Yvonne Schipper war schon kurz davor aufzugeben. Komplett niedergeschlagen sei sie gewesen, als ihr vom Jobcenter allenfalls ein 450-Euro-Job in Aussicht gestellt worden sei. Mit zwei kleinen Kindern, zudem noch alleinerziehend, sei eine Ausbildung einfach nicht zu machen, gibt Schipper den Tenor des damaligen Gesprächs wieder. Dass die 26-Jährige diesen Monat ins zweite Ausbildungsjahr zur Fleischerfachverkäuferin gestartet ist, hat nach Ansicht der Aachenerin viel mit Glück zu tun. Und mit dem Einsatz von Andrea Gillessen de Pomareda von In Via Aachen und Thomas Jochum von der Handwerkskammer.

Seit 2010 ist Pomareda bei In Via als Beraterin für das Programm „Jugend in Arbeit plus“ verantwortlich. Über die Initiative des Landesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat sie schon vielen jungen Erwachsenen wie Schipper aus der beruflichen Sackgasse geholfen. Das Programm wurde 1998 gegründet, um jungen Menschen, die sich bei der Jobsuche besonders schwer tun, in eine passgenaue sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu vermitteln. Unterstützung erhalten sie von einem breiten Netzwerk von Beratungsstellen. Neben den Wohlfahrtsverbänden sind die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern in



Yvonne Schipper hat erst durch das Programm „Jugend in Arbeit plus“ eine Ausbildung gefunden. Nun soll es eingestellt werden.

FOTO: HARALD KRÖMER

das Programm involviert. Sie stellen Kontakte zu Arbeitgebern her und stehen auch darüber hinaus als Ansprechpartner zur Verfügung. Die einstellenden Betriebe erhalten unter bestimmten Voraussetzungen einen Einarbeitungszuschuss. Schipper jedenfalls ist überzeugt: „Ohne dieses Programm hätte ich keine Ausbildung gefunden.“

Aussagen wie diese werden in Zukunft allerdings nicht mehr zu hören sein. Nicht in Aachen, nicht in der Städteregion und auch nicht in

NRW. Denn das Programm soll zum 31. Dezember auslaufen.

Zu sagen, dass Pomareda diesen Entschluss bedauert, wäre zu kurz gegriffen. Die Berufsberaterin ist fassungslos, dass ausgerechnet in dem Jahr, in dem man das 20-jährige Bestehen des Programms hat feiern wollen, dessen Beerdigung ansteht. Zumal sie dafür „keine plausible Begründung“ seitens des Arbeitsministers Karl-Josef Laumann (CDU) habe feststellen können. Dieser hatte betont, das durch

den Europäischen Sozialfonds für Deutschland geförderte Programm mit Blick auf den Fachkräftemangel unter anderem deshalb einstellen zu wollen, weil andere Programme besser dazu geeignet seien, Jugendliche zu beruflichen Abschlüssen zu führen. Dabei gehöre „Jugend in Arbeit plus“, so Pomareda, zu den erfolgreichsten Programmen zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit. Zumal man seit 2015 auch verstärkte Jugendliche dabei unterstütze, eine Ausbildung zu beginnen.

Die Zahlen in der Städteregion Aachen sprächen für sich: Eine vorläufige Abfrage bei den Kooperationspartnern – insgesamt gibt es für „Jugend in Arbeit plus“ in der Städteregion fünf Berater auf umgerechnet drei Vollzeitstellen – hat laut Pomareda ergeben, dass zwischen Oktober 2015 und Dezember 2017 rund 550 Männer und Frauen dem Programm zugewiesen wurden. Von diesen wiederum hätten gut 270 eine langfristige Beschäftigung beziehungsweise Ausbildung aufgenommen. „Mit dieser Quote von fast 50 Prozent müssen wir uns nicht verstecken“, sagt die Beraterin, die sogleich den Vorteil der Initiative betont: „Im Gegensatz zu anderen Maßnahmen, wie sie etwa das Jobcenter anbietet, geht dieses Programm individuell auf die einzelnen Jugendlichen ein. Es gibt immer eine Face-to-Face-Beratung.“ Ob nun einmal, zweimal oder, wenn nötig, auch 20 Mal.

Wie wichtig dieser individuelle Zugang zu den jungen Menschen ist, betont auch Robert Wolf. Der Fleischermeister, bei dem Yvonne Schipper in Teilzeit ihre Ausbildung absolviert, weiß, dass gerade das Handwerk auf Programme wie „Jugend in Arbeit plus“ angewiesen ist. „Es gibt viele Menschen, die es nicht auf direktem Weg ins Berufsleben führt. Deshalb muss man immer den individuellen Jugendlichen sehen – und das wird im regulären System zu wenig beachtet“, sagt Wolf.

Keine vernünftige Alternative

Die Kooperationspartner in der Städteregion hoffen jedenfalls, dass sich das Ende der Initiative mit etwas öffentlichem Druck vielleicht doch noch verhindern lässt. Die politische Unterstützung von Daniela Jansen (SPD) und Albert Borchardt (Linke), die jeweils für das Amt des Städteregionsrats kandidieren, ist ihnen sicher. Ob das hilft, daran hegt aber selbst Jansen Zweifel. Die Signale aus dem Ministerium seien jedenfalls nicht ermutigend. Für die Städteregion Aachen wäre das mehr als bedauerlich: „Es gibt meiner Meinung nach kein anderes Programm, das das kompensieren kann“, meint Jansen.

Yvonne Schipper betrifft das dann zwar nicht mehr. Aber viele andere junge Menschen, die sich schwer damit tun, Arbeit zu finden.